

Eine Kumulation biblischer Plagen

In der Ukraine warnt der Gesundheitsminister vor dem Kollaps des medizinischen Systems

Der Anstieg der Corona-Neuinfektionen ist in der Ukraine zuletzt höher als im Nachbarland Polen, wenn auch geringer als in Russland und Belarus. Am 11. Dezember hatte das Land bei 42 Millionen Einwohnern 12 585 Neuinfektionen pro Tag, und in Summe 14 204 Corona-Todesfälle. In den Krankenhäusern fehlt es an Betten und an Sauerstoff. Das Personal ist unterbezahlt. 258 Ärzte und Krankenschwestern sind bisher am Virus verstorben. Gesundheitsminister Maxim Stepanow warnt vor einem „Kollaps des medizinischen Systems“. Die Todesrate liegt höher als in Westeuropa.

„Mit der Pandemie hat sich die soziale Lage radikal verschärft“, bilanziert Andrij Waskowycz, der Präsident von Caritas Ukraine, gegenüber der „Tagespost“. Die Verteilung humanitärer Hilfe in den Pufferzonen des Ostens sei enorm erschwert. Groß sei die Ansteckungsgefahr für die Mitarbeiter sozialer Einrichtungen. Die Griechisch-Katholische Kirche hat ein Antikrisenzentrum eingerichtet, das die vielfältigen Aktivitäten der Kirche koordiniert. „Wir erleben eine Kumulation der biblischen Plagen“, sagt Waskowycz. Zum Krieg im Osten, der Destabilisierung durch Russland, einer Flutkatastrophe mit den schwersten Überschwemmungen seit Jahrzehnten und Waldbränden im Sommer kommt die andauernde Pandemie.

Die wirtschaftlichen Folgen sind dramatisch: Im 2. Quartal 2020 stieg die Arbeitslosenrate auf 9,9 Prozent, auch infolge des Mitte März nach dem ersten Corona-Fall angeordneten Lockdowns. Die Nationalbank rechnet mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um sieben Prozent. 2019 gab es noch ein Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent. Millionen mangelt es jetzt an Einkommen, das vom Staat nur minimal kompensiert wurde. „Die Menschen kommen nur durch den starken Familienverband und durch gegenseitige Hilfe und Solidarität über die Runden“, so Waskowycz. Seine Caritas organisiert Suppenküchen und verteilt Lebensmittel an die Bedürftigsten. Hunderttausende ukrainische Arbeitsmigranten, die bisher Geld aus dem Westen sandten, sind in ihre Heimat zurückgekehrt – ohne Verdienst und soziale Absicherung. „Hunderttausende Familien sind somit ohne Einkommen.“

Die Armut werde bis Jahresende von 27,2 auf 43,6 Prozent ansteigen, warnte die UNESCO bereits im Sommer. Caritas Ukraine schätzt: „Aufgrund der Covid-19-Pandemie steht die Ukraine vor der schlimmsten Rezession seit Jahrzehnten, die mehr als neun Millionen Menschen in Armut stürzt.“ Mehr als 80 Prozent der Haushalte hätten an Einkommen verloren, in mehr als 40 Prozent aller Familien des Landes habe zumindest ein Familienmitglied den Job verloren.



In Nahost droht ein Katastrophenwinter

Der Libanon, einst als „Schweiz des Ostens“ gerühmt, steht vor dem Zusammenbruch

„Jetzt kämpft unser ganzes Volk darum, seine tägliche Nahrung zu bekommen“, so der melkitische Erzbischof Issam John Darwish gegenüber dem Hilfswerk „Kirche in Not“, das bedürftige Familien im Libanon mit Nahrung und Hygieneartikeln unterstützt. Die „Initiative Christlicher Orient“ (ICO) bestätigt, dass die von Krieg, Krisen und Arbeitslosigkeit geprägten Länder in Nahost durch die Corona-Pandemie vor einem Katastrophen-Winter stehen. Weite Teile der Bevölkerung müssen ums Überleben kämpfen. Nicht nur in Syrien, wo viele Häuser durch den Krieg zerstört oder beschädigt sind, auch im Libanon – einst als „Schweiz des Ostens“ gerühmt – wissen Familien nicht, wie sie durch den Winter kommen sollen.

Viele Orden und Pfarrer hätten sich Hilfe suchend an die ICO gewandt, so Projektkoordinator Stefan Maier. Im Gespräch mit dieser Zeitung berichtet er von der Verteilung von Heizöl an bedürftige Familien. Doppelt schwierig sei die Lage in Syrien, wo „aufgrund der internationalen Sanktionen kein Heizöl im Land erhältlich“ sei. Die ICO plant, Wohnräume mit Matratzen und Decken auszustatten, Familien mit Anoraks und Winterschuhen zu versorgen. Die Zahl der Corona-Neuinfektionen steigt, die benötigten Testkapazitäten sind nicht vorhanden.

ICO-Projektpartnerin Marie Ghia berichtet der „Tagespost“ von der dramatischsten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Libanon, vom Anstieg der Preise für Waren des täglichen Bedarfs und Rekordarbeitslosigkeit. Zur Gesundheitskrise, begleitet von der Flüchtlingskrise, dem ökonomischen Kollaps, der politischen Instabilität und Korruption, kam am 4. August eine gigantische Explosion, die den Hafen und Teile Beiruts zerstörte. „Die libanesische Bevölkerung befindet sich in der schlimmsten Lage, wobei die Wirtschaftskrise und der Kollaps der nationalen Währung in Verbindung mit dem Mangel an grundlegenden Gütern ihr Leben dramatischer trifft als die Pandemie selbst“, so Marie Ghia, die beruflich im Sozialministerium und ehrenamtlich für die Barmherzigen Schwestern arbeitet.

Der Weltbank zufolge wird die Hälfte der libanesischen Bevölkerung 2021 unter der Armutsgrenze leben. Covid-19 habe das öffentliche Leben lahmgelegt, das Bildungssystem wie das Gesundheitssystem überfordert, berichtet Daniel Alberto Ayuch, Exeget am Theologischen Institut der Universität in Balmand, südlich von Tripoli. Krankenversicherungen, Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen seien chronisch unterfinanziert. Doch Corona sei nicht alleine schuld: „Als Folge der Korruption bricht das nationale Gesundheitssystem zusammen.“ Korruption und Klientelismus seien die tiefere Krankheit des Landes, so Ayuch.



Fotos: DPA, Adobe Stock

Verharmlost wurde Corona hier nie

In den öffentlichen Krankenhäusern von Peru mangelt es an allem

Peru zählt zu den Ländern mit den höchsten Corona-Todesraten: 1100 Tote pro einer Million Einwohner ist ein trauriger Weltrekord. In ganz Lateinamerika bricht die Wirtschaft um rund zehn Prozent ein, in Peru um 13 Prozent. Die deutsche Missionschwester Mathilde Vossmöller, die seit 35 Jahren hier arbeitet, erklärt gegenüber dieser Zeitung, „dass die Armut aufgrund der Quarantäne- und Präventionsmaßnahmen von 20,2 auf 30 Prozent gestiegen ist“. Ein Drittel der 33 Millionen Einwohner lebe in Armut, das sei „ein Rückschlag um zehn Jahre“. Die Verwundbarsten würden vernachlässigt. Familien litten jetzt Hunger, viele spürten Angst, Stress und Einsamkeit. Die soziale Isolation habe sich auf die geistige Gesundheit ausgewirkt, so Schwester Mathilde.

„Entweder tot oder arm – wer in Peru an Covid-19 erkrankt, hat angesichts eines maroden Gesundheitssystems gleich mehrere Probleme“, heißt es in „Heilung und Heil“, der Zeitschrift des Missionsärztlichen Instituts Würzburg. Hildegard Willer berichtet hier aus Peru von der stets besetzten staatlichen Covid-Hotline, von langen Schlangen vor dem öffentlichen Spital, von horrenden Behandlungskosten. Neben Brasilien ist Peru das Problemland Lateinamerikas. Die meisten sterben, ohne in der Statistik aufzuscienen, weil sie es nicht bis zum Test schaffen. Dies alles trotz harter Maßnahmen: Bereits am 15. März wurden Grenzen, Flughäfen, Schulen und Universitäten geschlossen. Verharmlost wurde Corona hier nie – anders als in Brasilien.

Sieben von zehn Peruanern besitzen keine Krankenversicherung, denn nur 25 Prozent arbeiten in einem festen Stellenverhältnis. In staatlichen Krankenhäusern mangelt es an Ärzten, Apparaten, Medikamenten, Sauerstoff und Elektrizität. Für 33 Millionen Einwohner standen im März 300 Intensivbetten zur Verfügung; jetzt sind es immerhin 1500. Die meisten Menschen besitzen keinen Kühlschrank, sondern versorgen sich frisch auf den Märkten, wo es unmöglich ist, Distanz zu halten. Viele haben kein Bankkonto, sondern warten in engen Schlangen vor der Bank, um Geld zu transferieren. Im Land herrscht politisches Chaos. Der Präsenzünterricht wurde bis Juli 2021 ausgesetzt, eine Katastrophe für die Bildung wie für die soziale und psychische Entwicklung der Kinder. Millionen Kinder sind neu von Armut betroffen. Eine Viertelmillion hat ihre Bildungslaufbahn bereits abgebrochen. Hunderttausende werden es noch tun. Am stärksten betroffen sind die Armen, die auf ihre tägliche Arbeit angewiesen sind, um zu überleben: Wenn sie krank werden, können sie keine Nahrung mehr kaufen. Durch Arbeitslosigkeit und familiäre Spannungen steigt die häusliche Gewalt. Tausend Vergewaltigungen wurden in den ersten fünf Monaten Quarantäne registriert.



Viele kommen nie an einen Test

In Uganda sind die Folgen des Kampfes gegen die Pandemie bedrohlicher als die Krankheit

Um die Ausbreitung von Corona zu stoppen, verhängte Uganda Ende März den strengsten wirtschaftlichen und sozialen Lockdown Afrikas: Schulen, Universitäten, Restaurants und Geschäfte wurden geschlossen, die Grenzen dichtgemacht, der Busverkehr eingestellt, eine nächtliche Ausgangssperre angeordnet. Dennoch hatte das 44 Millionen Einwohner zählende Uganda, eines der ärmsten Länder der Welt, bis 8. Dezember 2020 bestätigte Corona-Fälle bei 207 Toten. Getestet werden jedoch nur Hochrisikopersonen, die Testkapazitäten sind äußerst begrenzt. „Seit dem Anstieg der Fälle sind die Krankenhausbetten voll. Viele sterben, bevor sie ein Bett erhalten oder gar eine Intensivbehandlung“, so der ugandische Arzt Godfrey Rwambuka Mugenyi, Dozent an der Medizinischen Fakultät der Mbarara Universität für Wissenschaft und Technologie, gegenüber dieser Zeitung. Viele Menschen kämen nie an einen Test, andere erhielten ihre Testergebnisse erst fünf Tage nachdem sie positiv getestet wurden. Kindergärten und Schulen sind – bis auf die Abschlussklassen – weiter geschlossen. Auch die Lehrausbildung ist weitgehend ausgefallen. Durch die Schulschließungen kam es zu mehr Gewalt und sexuellen Übergriffen gegen Kinder, so Godfrey Mugenyi gegenüber der „Tagespost“. Es fehle am Lebensnotwendigen, etwa an Nahrung und Kleidung. Corona-infizierte Familien leben stigmatisiert, weshalb viele ihre Testergebnisse nicht bekannt geben. „Verbunden mit dem zeitlich verzögerten Zugang zu den Testergebnissen fördert das eine unkontrollierte Übertragung.“ Der Jesuitenpater Frido Pflüger, der für den „Jesuit Refugee Service“ in Kampala tätig ist, schreibt, dass die Zahlen im Vergleich zu Europa noch niedrig seien, „aber die allgegenwärtige Armut und auch die Versorgungslage in den Krankenhäusern verschärfen die Situation“. Viele verloren wegen des Lockdowns ihre Arbeit, sind ohne Einkommen oder Ersparnisse. „Beunruhigend sind die Nachrichten über immer mehr Fälle häuslicher Gewalt und die wachsende Zahl schwangerer junger Mädchen. Die Folgen des Kampfes gegen die Pandemie scheinen viel bedrohlicher als die Krankheit selbst.“ Wirtschaftlich erschwerend kommt dazu, dass Uganda 1,4 Millionen Flüchtlinge aufnahm, die Zugang zum Arbeitsmarkt und zu öffentlichen Hilfen haben. Auch während des Lockdowns, als die Grenzen geschlossen waren, ließ der Präsident einen Grenzübergang zum Kongo öffnen, um Schutz suchende Flüchtlinge aus dem Ostkongo aufzunehmen. Knapp 40 Prozent der Einwohner Ugandas sind Katholiken. Während des Total-Lockdowns waren ihre Kirchen geschlossen. Godfrey Mugenyi weiß aber: „Viele unserer Pfarren sind imstande, Lebensmittel für die Ärmsten zu organisieren.“ Dank ausländischer Hilfe unterstützt die Kirche tausende Schulkinder mit Nahrung und in der Corona-Prävention.

